

E 010400  
01. Aug. 2018

LANDESHAUPTSTADT



Herrn  
Oberbürgermeister Gerich 

über  
Magistrat

und

Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin Christa Gabriel

an den  
Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung

Der Magistrat

Dezernat für Soziales, Bildung,  
Wohnen und Integration

Stadtrat Christoph Manjura

 25. Juli 2018

**Beschluss-Nr. 0049 vom 12.06.2018 (17-V-51-0011)**  
**Gesetz zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichsystems ab dem Jahr 2020**  
**und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften - Artikel 23 Unterhaltsvorschussgesetz**  
**- Bericht des Dezernates VII vom 15.05.2018 -**

*Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob es geplant ist, weiteres Personal einzustellen, um die Rückholung bei den Unterhaltsschuldnern zu forcieren*

Wie bereits im Bericht vom 15.05.2018 beschrieben, sind durch die Umsetzung der Reform des Unterhaltsausfall- und vorschussgesetzes (UVG) massiv Arbeitsrückstände aufgelaufen, da der Arbeitsgruppe UVG im Amt für Soziale Arbeit für die Bewältigung des um fast 100% gestiegenen Aufgabenvolumens nicht rechtzeitig und nicht ausreichend Personal zur Verfügung gestellt wurde.

Inzwischen wurde auch in den Medien berichtet, dass entgegen der Prognose des Bundes (Fallanstieg nur um etwa 27 % angenommen) bundesweit ein Fallanstieg von 70% zu verzeichnen ist, in den großen Städten noch deutlich höher.

Die langanhaltende Überlastung der im UVG eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat zwischenzeitlich zu Langzeiterkrankungen und einer aktuellen Überlastungsanzeige der gesamten Arbeitsgruppe geführt.

Um die Antragsbearbeitung für die Leistungsberechtigten wenigstens für die dringendsten Fallkonstellationen einigermaßen zeitnah sicherstellen zu können, werden alle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sowie die Arbeitsgruppenleiterin fast ausschließlich in der Bearbeitung der Leistungsanträge eingesetzt, eine Erledigung der hier aufgelaufenen Rückstände ist derzeit noch nicht absehbar. Durch die vorrangige Bearbeitung der vielen Neuanträge kann derzeit die Rückholung bei den Unterhaltsschuldnern nicht bzw. nur in sehr geringem Umfang erfolgen.

Eine Sitzungsvorlage zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Arbeitsbereich ist in Vorbereitung. Bereits jetzt stellte es sich allerdings als extrem schwierig dar, überhaupt Personal zur Besetzung vorhandener Stellen in diesem Arbeitsbereich zu gewinnen.

A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, overlapping loops and a long horizontal stroke extending to the right.